

Inwiefern hat sich die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft mit TTIP verändert?

Kaibel, Cosima; Maarfield, Cornelia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kaibel, C., & Maarfield, C. (2022). *Inwiefern hat sich die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft mit TTIP verändert?* (Opuscula, 162). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-78881-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

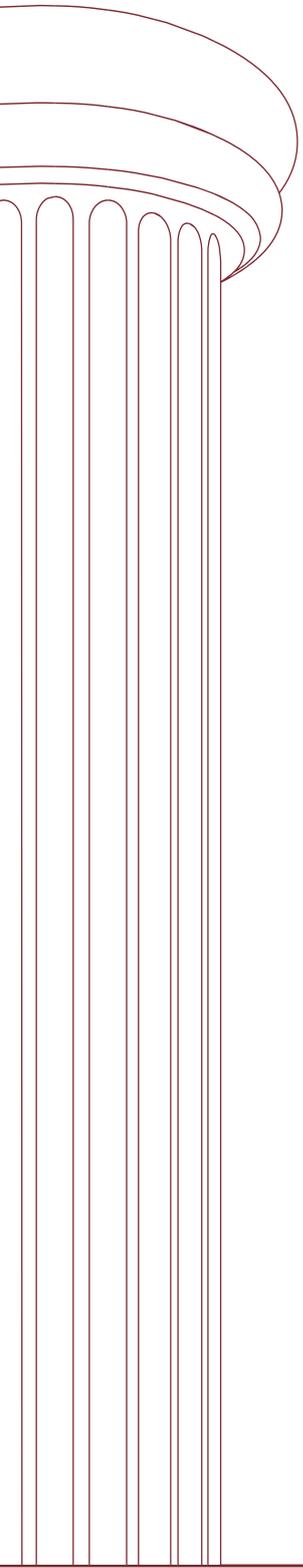
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

MAECENATA



Cosima Kaibel

Inwiefern hat sich die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft mit TTIP verändert?

mit einer Zusammenstellung und einem Praxisbericht von Cornelia Maarfield

Die Autorin

Cosima Kaibel verfasste die Ausarbeitung im Rahmen des Masterstudiengangs Non-Profit Management und Public Governance an der HWR und HTW Berlin.

Nach ihrem Design-Thinking-Studium am Hasso-Plattner-Institut engagierte sie sich bis 2020 als Unternehmerin für Gesundheitsförderung in der Pflege. Neben ihrem Studium beschäftigt sie sich als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HWR Berlin mit Innovationen und ethischen Fragen der Markenführung sowie dem Transfer von Markenwissenschaft in die Praxis.

Dank der Autorin

Die Autorin dankt Frau Cornelia Maarfield, Frau Gabriele Schulz, Herrn Dr. Rupert Graf Strachwitz und Frau Kerstin Kaibel für die Unterstützung in der Erarbeitung dieser Publikation.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank. Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: <https://www.maecenata.eu/ueber-uns/das-institut/>

Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe Opuscula finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<https://www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Rungestraße 17, D- 10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Marianne Sievers, Lara Brett



ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-78881-9

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2022

Inhalt

1.	Einleitung.....	3
2.	Freihandelsabkommen	5
	2.1 Begriffsdefinition	5
	2.2 Geschichte	5
3.	TTIP.....	7
	3.1 Inhalte.....	7
	3.2 Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft	8
	3.3 Staatliche Initiativen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft in Deutschland.....	9
4.	Interviews.....	10
	4.1 Vorstellung der Interviewpartner:innen	10
	4.2 Interviewleitfaden	12
	4.3 Interviewergebnisse	12
	4.3.1 Kooperationen vor TTIP.....	12
	4.3.2 Kooperationen während TTIP.....	13
	4.3.3 Wahrnehmung und Reaktionen des Wirtschaftsverbands	14
	4.3.4 Wahrgenommene langfristige Veränderung in der Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen	15
	4.3.5 Veränderte Rahmenbedingungen	16
5.	Fazit & Handlungsempfehlungen.....	17
6.	Abbildungsverzeichnis	19
7.	Abkürzungsverzeichnis.....	20
8.	Literaturverzeichnis.....	21
9.	Partnerliste Bündnis Stop TTIP (Zusammenstellung Corinna Maarfield 2021)	23
10.	Stop TTIP – Praxisbeispiel für eine gelungene europäische Kampagne (Corinna Maarfield)....	34

1. EINLEITUNG

Globalisierung und internationale Zusammenarbeit können große wirtschaftliche Synergien schaffen. Produkte können effizienter und effektiver hergestellt werden, internationaler kultureller Austausch bietet das Potenzial, befruchtend zu wirken.

Gleichzeitig entstehen in einer globalisierten Welt neue Risiken, neue Zusammenschlüsse und Kooperationen, die reguliert werden müssen. Neue Standards müssen für die Zusammenarbeit gesetzt werden.

Hierbei treffen nicht nur wirtschaftliche und politische Interessen aufeinander, sondern auch kulturelle. Im Falle TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) sollten Entscheidungen, die einzelne europäische Länder oder gar Regionen bisher getroffen haben, auf europäischer Ebene mit den USA verhandelt werden und – sofern das Abkommen in seiner zuletzt diskutierten Form in Kraft getreten wäre - vor internationalen Schiedsgerichten.

Was bedeutet das für die europäische Zivilgesellschaft¹? Wie reagiert sie auf diese Verschiebung von regional zu global?

Guérot (2016) konstatiert, auch die allgemeine Bevölkerung erführe inzwischen die Unmittelbarkeit europäischer Entscheidungen und damit auch entstehende Probleme. Dies führe dazu, dass die europäische Zivilgesellschaft zunehmend in den Vordergrund rücke: „Wer dieser Tage im Internet surft, findet unzählige europäische Internet- und Bürgerinitiativen, also ganz viel europäische und globale Zivilgesellschaft, deren Vernetzung und öffentlicher Diskurs als Vorform einer europäischen Öffentlichkeit sogar schon messbar und empirisch belegbar sind.“ (Guérot 2016). Während sich die europäische Zivilgesellschaft früher maßgeblich in nationalen Kontexten organisierte, tut sie dies nun zunehmend auf europäischer Ebene und richtet sich vermehrt gegen europäische Institutionen (Wigger/ Horn 2014 in Guérot 2016). Es entstehe eine „partizipatorische Revolution“, die dazu führe, dass bestimmte Bewegungen an Kraft gewannen und transnational wirkten (Kaase 1984 in Guérot 2016).

TTIP stellte das weltweit umfangreichste und mächtigste bisher diskutierte Freihandelsabkommen dar und entfachte einen besonderen Widerstand in der Zivilgesellschaft. Diese Ausarbeitung beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern sich die Kooperation zivilgesellschaftlicher Organisationen als Reaktion auf TTIP verändert hat.

¹ Zivilgesellschaft Strachwitz (2020), S.5& 13: „Zur (...) Zivilgesellschaft gehören organisierte Bewegungen, Organisationen und Einrichtungen sowie unorganisierte oder spontane kollektive Aktionen, die ohne Gewinnerzielungsabsicht und ohne Teilhabe an der Ausübung der hoheitlichen Gewalt im öffentlichen Raum agieren und weitere gemeinsame Merkmale aufweisen (...).“, wie zum Beispiel das Ziel der Förderung von Kultur und Sport sowie seit den 1980er Jahren vermehrt gesellschaftlich Mißstände anzuprangern.

Damit einher gehen außerdem die Fragen, inwieweit diese Veränderung sich langfristig manifestiert und welche Rahmenbedingungen sich für die Zivilgesellschaft insbesondere in Bezug auf Freihandelsabkommen verändert haben.

Um dies zu untersuchen, wurden drei Leitfadeninterviews mit Akteur:innen unterschiedlicher Positionen geführt: Eines mit der stellvertretenden Geschäftsführung des deutschen Kulturrates, eines mit der Campaign Managerin der Stop TTIP-Kampagne und eines mit einer Person in einer Führungsposition für Außenwirtschaftspolitik eines deutschen Wirtschaftsverbands.

Zunächst wird der Begriff Freihandelsabkommen erläutert. Im nächsten Schritt wird thematisiert, welchen Hintergrund TTIP besaß, was es beinhaltete, welche Hauptakteure mit welchen Interessen involviert waren und wofür TTIP kritisiert wurde. Im Anschluss daran werden die Interviewpartner:innen vorgestellt und die von ihnen geäußerten Eindrücke gegenübergestellt.

2. FREIHANDELSABKOMMEN

2.1 Begriffsdefinition

Die Heinrich Böll Stiftung (2016) definiert Freihandelsabkommen wie folgt: „Ein Freihandelsabkommen ist ein Abkommen, das bilateral – also zwischen zwei Parteien – oder multilateral – also zwischen mehreren Ländern – mit dem Ziel geschlossen wird, den internationalen Handel zu erleichtern. Solche Abkommen können unterschiedlich weitreichend sein.“

2.2 Geschichte

Freihandel beschäftigt Europa bereits seit über 250 Jahren. Die Theorie des Freihandels wurde als eine Gegenidee zum Merkantilismus entwickelt: Anstatt dass Nationen beim internationalen Handel durch die Erhebung von Zöllen Einkünfte erwerben und den Binnenmarkt vor Konkurrenz schützen, sollen Länder sich auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen spezialisieren, die für sie am vorteilhaftesten sind (komparative Kostenvorteile nach Ricardo 1821). Dadurch sollen Produkte für alle handeltreibenden Länder günstiger werden. Der Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen² in Freihandelszonen soll zudem Handel intensivieren und Einkünfte aus Steuereinnahmen steigern und so den Wohlstand für alle Beteiligten fördern. Freihandelsabkommen haben sich zunehmend etabliert (bspw. EU, Mercosur, ArCFTA, ASEA & NAFTA), werden allerdings seit langem dafür kritisiert, globale wirtschaftliche Gefälle zu fördern (Gabriel & Wilhelm 2015; bpb 2020A) und kleine und mittelständische Unternehmen gegenüber multinationalen Konzernen zu benachteiligen (bpb 2020A).

Freihandelsabkommen dürfen nicht isoliert als wirtschaftliche Instrumente betrachtet werden, denn sie besitzen außenpolitische Implikationen. Als wirtschaftspolitische Bündnisse bilden sie häufig Wertegemeinschaften und Machttagglomerationen gegenüber jenen Parteien, die nicht Teil des Abkommens sind (Flemes & Ebert 2016).

Pinzler (2016) kritisiert die erschwerte Anpassung von Regelungen durch Freihandelsabkommen: Mehrere Parteien, die zuvor einzeln agierten und eigene Standards setzten und Gesetze erließen, einigen sich auf eine Vereinheitlichung in unterschiedlich vielen Themen. Wenn nun eine der

² Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind „z.B. technische Vorschriften, industrielles Sicherheitsrecht, Lebensmittelrecht, Arzneimittelrecht, Zulassungsbedingungen für Kfz u. a. staatliche Maßnahmen. Sie verzerren den Handel bestimmter Güter oder Dienstleistungen auf internationaler Ebene hinsichtlich seiner Zusammensetzung, seiner regionalen Ausrichtung und nicht zuletzt in seinem Umfang.“ (Weerth o. D.)

Parteien feststellt, dass eine oder mehrere Regelungen angepasst werden müssten, ist dies deutlich schwieriger zu bewerkstelligen, als für eine einzelne Partei, die nicht in Abkommen involviert ist. Trotzdem haben sich Handelsabkommen, allgemein Freihandelsabkommen als effektives Mittel erwiesen, wirtschaftliches Wachstum zu fördern und Frieden zwischen Ländern zu stärken wie bspw. das Handelsabkommen GATT (Mildner & Wendenburg 2016).

3. TTIP

TTIP sollte zwischen den USA und der EU geschlossen werden. Ziel des Abkommens sollten wirtschaftliches Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen durch weniger Barrieren im transatlantischen Handel sein. Die Verhandlungen zwischen den Partnern begannen im Sommer 2013. Seit Beginn 2017 pausieren die Verhandlungen (BMWi, o. D.). Das Freihandelsabkommen wäre das größte (gemessen an Wirtschaftsmacht) geworden, das es weltweit je gegeben hätte: Die USA und die EU sind gemeinsam für 50% der Weltproduktion, ein Drittel aller weltweiten Patentanmeldungen, 60% aller Bestände an ausländischen Direktinvestitionen und 46% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes verantwortlich (BMWi o. D.). Des Weiteren gehören deutsche und US-amerikanische Unternehmen zu den wichtigsten Investoren im jeweils anderen Markt. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland ist von deutschem Export abhängig (Mildner & Wendenburg 2016).

Darüber hinaus wäre TTIP das umfassendste Abkommen geworden: Das bedeutet, dass es neben der Beseitigung von Zöllen vor allem den Abbau nicht-tarifärer Handelsbarrieren voranzutreiben suchte und sogenannte „Handels-Plus-Themen“ umfasste wie Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe, Investitionen, Schutz geistigen Eigentums, Wettbewerb, Umwelt und Soziales (Schmucker 2014).

3.1 Inhalte

TTIP sollte unterschiedliche technische Anforderungen an die Beschaffenheit von Produkten abbauen, um eine Angleichung der Märkte zu erreichen und so Produktionskosten für Unternehmen zu reduzieren. Die Kosteneinsparung sollte insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen zugutekommen, die nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, um bspw. für einen Marktzugang nötige Zertifikate im Ausland zu erwerben (Europäische Kommission 2021). Gleichzeitig sollte ein Erhalt des Schutzniveaus der EU stattfinden und es wurde ein Abbau von Zöllen angestrebt (BMWi o. D.).

Darüber hinaus sah der im Abkommen vorgeschlagene Investitionsschutz vor, europäische und US-amerikanische Unternehmen zu befähigen, im Falle einer Gefährdung ihrer Investitionen durch politische Entscheidungen in den Vertragsstaaten vor internationale private Schiedsgerichte zu ziehen, um die USA oder die EU zu verklagen. Der Investitionsschutz war der wohl umstrittenste Teil des Abkommens. Die USA hatten die Klausel allerdings für die EU zur Bedingung gemacht (Krol 2016). Investitionsschutzgesetze bieten vor allem in Ländern einen Schutz, in denen kein Rechtsstaat und

kein funktionierendes Gerichtssystem existieren (Mürer 2016). Klassischerweise gehen entwickelte Länder Verträge über Investitionsschutz mit weniger entwickelten Ländern ein, die diese akzeptieren, weil sie auf ausländische Investoren angewiesen sind (Krol 2016).

3.2 Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft

Die Anti-TTIP-Demonstrationen in Deutschland zählten zwischen 150.000 und eine Million Menschen (Maarfield Interview 2; dpa 2015). Teilnehmer:innen äußerten ihre Sorgen, das Abkommen könne der Umwelt, der Freiheit der Kultur und dem Spielraum für die Demokratie schaden (Pinzler 2016). Es handelte sich zu dem Zeitpunkt um die größten Demonstrationen in Deutschland, die es seit Jahren gegeben hatte (dpa 2015).

Der vorgesehene Investitionsschutz rief in der Zivilgesellschaft Besorgnis um den Gestaltungsspielraum Europas und den Erhalt von Standards hervor (bspw. Verbraucherschutz, Liberalisierungspflicht in Kultur & Daseinsvorsorge) (Mildner & Wendenburg 2016). Wenngleich einige zivilgesellschaftliche Organisationen Potenziale für die Wohlstandssteigerung sahen, lehnten sie eine Verlagerung der Entscheidungsmacht von Parlamenten und Regierungen auf transnationale Gremien aufgrund des Risikos der Entstehung rechtlicher Unsicherheiten kategorisch ab (Mildner & Wendenburg 2016).

TTIP-Kritiker sahen keine Notwendigkeit für einen Investitionsschutz in den USA und der EU (Mürer 2016), sondern unter anderem eine „Lizenz zum Plündern“ für multinationale Konzerne. In bisherigen Fällen, in denen Firmen im Rahmen von Investitionsschutzgesetzen Staaten verklagten, hatten die Staaten keine Chance, die Prozesse zu gewinnen. Eine Strategie vonseiten von Staaten, die Entschädigungszahlungen zu vermindern, ist, politische Zugeständnisse zu machen. Kritiker befürchteten nicht nur Zugeständnisse als Folge von Klagen, sondern auch einen Verzicht auf die Verbesserung von Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltschutz aus Angst vor teuren Schiedsgerichtsprozessen – diese Szenarien wären Anzeichen für eine Aushöhlung der Demokratie (Krol 2016).

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die EU-Kommission die Schaffung eines institutionellen Rahmens für die künftige regulatorische Zusammenarbeit vorschlug. Es hätte sich damit bei TTIP um ein sogenanntes „Living Agreement“ handeln sollen, ein Abkommen, das im Nachhinein von einem hierfür eingesetzten Gremium veränderbar ist (Australian Government 2015).

3.3 Staatliche Initiativen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft in Deutschland

Das BMWi führte Dialogveranstaltungen mit Bürger:innen, NPO, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften durch, um über den Stand der Verhandlungen zu informieren und eine Diskussionsplattform zu schaffen. Außerdem berief das BMWi 2014 einen TTIP-Beirat ein, dem Vertreter:innen von Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie des Kulturbereichs beitraten. Darüber hinaus wurden Dialogforen vom BMWi organisiert, in denen „Chancen und Herausforderungen, aber auch Sorgen und Befürchtungen“ von Bürger:innen angesprochen werden sollten (BMW i o. D.).

4. INTERVIEWS

Die Interviews sollen Einblicke in die Sicht zivilgesellschaftlicher Akteure in Bezug auf die Veränderungen in der Kooperation innerhalb der Zivilgesellschaft geben. Als Interviewpartner:innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden zum einen Vertreter:innen von Gegner:innen TTIPs (Maarfield & Schulz) sowie eine Person in einer Führungsposition für transatlantische Beziehungen eines deutschen Wirtschaftsverbands gewonnen. Die Daten letzterer Interviewpartner:in wurden in dieser Publikation anonymisiert.

4.1 Vorstellung der Interviewpartner:innen

Cornelia Maarfield ist seit 2002 im NPO-Sektor tätig. Aktuell (Stand Juli 2021) arbeitet sie für das Climate Action Network. Von August bis Dezember 2014 war sie Campaign Managerin der Stop TTIP-Kampagne, die von September bis Oktober 2014 über 3 Millionen Unterschriften gegen TTIP sammelte und über 500 zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Europa und den USA sektorenübergreifend in einem Bündnis vereinte, darunter Foodwatch, Meer Democratie, Naturfreunde, ÖDP, Attac, Brot für die Welt und Caritas (Maarfield Anhang 1). Ziel des Bündnisses war, Druck auf die Politik auszuüben und einen Abschluss des Abkommens in der Form, in der es diskutiert wurde, zu verhindern. Das sogenannte Quorum (Mindestanzahl von Unterschriften nach EU-Richtlinien) wurde für fast alle EU-Mitgliedsstaaten erreicht (Maarfield Interview 2). Hauptkritikpunkte, die das Bündnis nannte, waren die Möglichkeit für Investoren, aufgrund des ISDS (Investor-State-Dispute-Settlement/ Investitionsschutz) Staaten zu verklagen, die Möglichkeit einer Absenkung von Verbraucherschutzstandards und von Arbeitnehmerrechten (Gerstetter & Meyer-Ohlendorf 2013), die Möglichkeit für Unternehmen, durch die regulatorische Kooperation Gesetze „mitzuschreiben“ (Zacharakis 2016) sowie ein massiver Mangel an Transparenz während der Verhandlungen etc. (Chemnitz & Keller 2015).

Gabriele Schulz ist (Stand Juli 2021) stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrats. Der Deutsche Kulturrat e.V. wurde 1982 gegründet und ist heute als Spitzenverband der Bundeskulturverbände Ansprechpartner der Politik und Verwaltung des Bundes, der Länder und der Europäischen Union zu übergreifenden kulturpolitischen Angelegenheiten. Der Verband setzt sich für kulturpolitische Diskussion auf allen politischen Ebenen und für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein (Der Deutsche Kulturrat e.V. 2021).

Die Hauptsorge des Deutschen Kulturrates galt dem Abbau von Standards im Bereich Kultur und der Einführung zusätzlicher Liberalisierungspflichten. Gleichzeitig ist zu beachten, dass bereits im Rahmen von GATT einige Liberalisierungen im Kulturbereich stattgefunden haben. Der Deutsche Kulturrat als Vertretung des gesamten Kulturbereiches (Kulturunternehmen, Künstler, Kulturvereine und Kultureinrichtungen) setzt sich dafür ein, dass die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt Anwendung findet und keine weitere Liberalisierung stattfindet. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Technologieneutralität sowie digitale Güter. Vielmehr lassen sich unter Kultur auch politische und wirtschaftliche Systeme erfassen, die aus einer Kultur erwachsen sind (Freiherr von Loeffelholz 2016, S. 26). Weiterhin bestanden Bedenken hinsichtlich einer Einschränkung des Handlungsspielraums der EU bezüglich jeglicher Standards durch ISDS und die Form des Abkommens als Living Agreement.

Die dritte interviewte Person hat eine Führungsposition für Außenwirtschaftspolitik in einem deutschen Wirtschaftsverband inne (Stand Juli 2021) und ist verantwortlich für die Themenschwerpunkte transatlantische Wirtschaftsbeziehungen und US-amerikanische Wirtschaftspolitik. Sie begann 2013 als TTIP-Referent:in zu arbeiten. Der Verband spricht für über 30 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Millionen Beschäftigten in Deutschland. Darin vertritt er die Positionen verschiedener Industriebranchen und industrienaher Dienstleister gegenüber NGOs, Zivilgesellschaft und Wissenschaft und setzt sich für eine soziale Marktwirtschaft ein. Er versteht sich als Wirtschaftserklärer, indem er seine Sicht auf Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf die Gesellschaft darstellt. Der Verband sieht sich als Unterstützer der Wirtschaft, die wiederum den Menschen unterstützt. Den internationalen Handel betrachtet der Verband als eine der wichtigsten Erfolgsstrategien Deutschlands, da er zu Wohlstand, Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt. Um diese wichtige Quelle für Wirtschaftskraft zu erhalten, bedarf es Pflege in Form von Maßnahmen zur Erleichterung und zum Schutz des internationalen Handels. Deshalb setzt sich der Verband für die Weiterentwicklung des Regelwerks für Handel und Investitionen sowohl auf multilateraler als auch im Rahmen bilateraler und plurilateraler Handels- und Investitionsabkommen ein.

4.2 Interviewleitfaden

Fragen an Maarfield & Schulz	Fragen an Vertreter:in des Wirtschaftsverbands
Wie standen Sie zu TTIP?	
	Mit welchen NGOs, die gegen TTIP waren, hatten Sie zu tun?
	In welcher Form standen Sie im Austausch?
In welcher Form kooperierten Sie vor TTIP mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen? Warum?	
In welcher Form kooperierten Sie während TTIP mit anderen Organisationen?	
	Warum interessierten sich so außerordentlich viele Organisationen für TTIP?
Wie wirkt sich die Zusammenarbeit während TTIP auf die zukünftige Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft aus?	
Welche Rahmenbedingungen haben sich für die Zivilgesellschaft geändert?	

Tabelle 1: Interviewleitfaden

Der Interviewleitfaden zielte darauf ab, zu verstehen, wie die Zivilgesellschaft vor TTIP und während der TTIP-Verhandlungen aus Sicht der Interviewpartner:innen kooperierte, warum sich die Kooperation entwickelte und inwieweit sich diese Zusammenarbeit institutionalisiert hat.

Des Weiteren wurde im für den Wirtschaftsverband vorgesehenen Interviewleitfaden explizit auf die Wahrnehmung der oppositionellen Zivilgesellschaft eingegangen mit dem Ziel, ein differenzierteres Bild von der Zusammenarbeit in der TTIP-oppositionellen Zivilgesellschaft zu erhalten.

4.3 Interviewergebnisse

Die Ergebnisse der Interviews gliedern sich nach den folgenden Abschnitten: Zunächst wird die Sicht der Befragten auf die Zusammenarbeit TTIP-kritischer Organisationen vor TTIP beleuchtet. Im Anschluss daran werden die Ergebnisse zur Kooperation während der TTIP-Verhandlungen zusammengetragen, gefolgt von Wahrnehmung und Reaktionen des Wirtschaftsverbands als Befürworter des Abkommens. Zu guter Letzt werden Hinweise auf eine Institutionalisierung TTIP-kritischer Organisationen gesammelt sowie auf veränderte Rahmenbedingungen für freihandels-skeptische Organisationen seit der TTIP-Debatte.

4.3.1 Kooperationen vor TTIP

Die Stop TTIP-Kampagne ist erst mit TTIP ins Leben gerufen worden. Dementsprechend kooperierte die Organisation selbst vor TTIP nicht mit anderen. Ausgangsbasis von Stop TTIP war das Seattle to

Brussels Network³. Jenes bot bereits ein Netzwerk und eine Gestaltungsorientierung für die Stop TTIP-Kampagne. „Die Idee war, die Energie aus Brüssel nach ganz Europa zu bringen“ (Maarfield). Vor TTIP gab es bezüglich der Verhandlungen zu GATT (General Agreement on Tariffs and Trade/ Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen⁴) bereits in den 2000er Jahren eine „lockere“ Kooperation zwischen der UNESCO-Kommission und anderen Organisationen (Umwelt-, globalisierungskritische und Entwicklungsorganisationen, etc.) wie VENRO und WEED (Schulz).

4.3.2 Kooperationen während TTIP

„Die interorganisationale Kooperation in der Zivilgesellschaft war völlig außergewöhnlich. Es gibt nicht viele Kampagnen, die 500 Mitglieder für ihr Bündnis gewinnen.“ (Maarfield) Stop TTIP ist es gelungen, ein Bündnis mit über 500 Organisationen aus fast allen EU-Ländern und den USA zu schließen. Die Organisationen stammten aus unterschiedlichsten Bereichen, wie Demokratie, Verbraucherschutz, Kirche (die sich vor allem für demokratische Aspekte einsetzte, aber auch ein Problem in den benachteiligenden Auswirkungen TTIPs auf Entwicklungsländer sah) und Umwelt.

„Alle Organisationen verwendeten alle ihnen zur Verfügung stehenden Kommunikationskanäle, um selbst Unterschriften zu sammeln und andere zum Sammeln von Unterschriften zu mobilisieren“: Ihre Website, Social Media und Mitgliederzeitschriften. Des Weiteren wurden ausschließlich für das Bündnis persönliche Treffen, Telefonkonferenzen und Entscheidungsgremien organisiert (Maarfield).

Der starke Wille der Organisationen, zu kooperieren, entstand aus Sicht Maarfields daraus, dass das Thema für alle Beteiligten besonders wichtig war und dass die Beteiligten merkten, dass die Kampagne etwas bewegte: „Die Kampagne begann mit dem Willen, dem Abkommen etwas entgegenzusetzen. Dann haben wir gemerkt, man kann es stoppen. Wir haben die breite Masse erreicht.“

Dies wurde vor allem anhand der riesigen Demonstrationen sichtbar, aber auch anhand einer Verhaltensveränderung bei den Politiker:innen: Diese versuchten Stop TTIP abzuwehren.

„Mit TTIP haben sich vorher dagewesene lose Beziehungen institutionalisiert.“, bspw. im Stop TTIP-Bündnis, so Schulz. Auch Der Deutsche Kulturrat war Teil des Bündnisses und brachte Anliegen des Kulturbereichs ein. Außerdem richtete Sigmar Gabriel den TTIP-Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums ein und institutionalisierte diesen.

³ Das Seattle to Brussels Network ist ein Netzwerk, das sich aus Entwicklungs-, Umwelt-, Menschenrechts-, Frauen- und Bauernorganisationen sowie Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Forschungsinstituten zusammensetzt. Das Netzwerk formte sich nach dem „Battle of Seattle“, den Protesten gegen die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation 1999 in Seattle, um sich gegen die unternehmensgetriebene Handels-Agenda der EU und der europäischen Regierungen zur Wehr zu setzen (Seattle to Brussels Network 2021).

⁴ GATT wurde 1947 von 23 Staaten abgeschlossen und trat 1948 in Kraft und bestimmte fast 50 Jahre lang Regeln des internationalen Handels. Zum 1.1.1996 wurde GATT durch die Welthandelsorganisation abgelöst (bpb o. D.).

4.3.3 Wahrnehmung und Reaktionen des Wirtschaftsverbands

„TTIP wäre das größte Abkommen gewesen, das es je gegeben hätte, zum einen, weil der Handelspartner die USA gewesen wären und zum anderen, weil TTIP als sogenanntes umfassendes Abkommen eine sehr große Breite an Themen abdecken sollte. Kritik von NGOs gab es zum Beispiel zu den Themen Buchpreisbindung und Wasserversorgung. Es wurde auch zu industriefernen Themen diskutiert. Durch diese Themenbreite und den großen Handelspartner hat es besonders große Aufmerksamkeit bekommen. Davor war Freihandel ein Nischenthema. Außerdem haben Kampagnenorganisationen wie Campact⁵ das Thema für sich entdeckt, teilweise vielleicht auch **Ängste der Bürger:innen für ihr eigenes Wachstum genutzt.**“ (Vertreter:in des Wirtschaftsverbands).

Die Autorin sieht in diesem Zitat den Versuch einer Entkräftung und Diskreditierung TTIP-kritischer Organisationen durch die Unterstellung, sie seien nicht gemeinnützig orientiert, sondern auf Wachstum fokussiert und durch die Reduzierung der Anliegen dieser Organisationen, auf die für sie weniger relevanten Themen (bspw. „Thema Buchpreisbindung“, statt „Gefahr für Demokratie“).

Der Wirtschaftsverband stand mit Gewerkschaften, Verbraucherschutz, NPO im Umweltbereich, dem Deutschen Kulturrat und weiteren Organisationen im Austausch. „Die breite Masse der NGOs war TTIP gegenüber kritisch eingestellt. (...) Wir haben über unsere Position aufgeklärt und uns darüber hinaus auch mit Themen beschäftigt, die keine klassischen Industriethemen sind.“, so die Vertreterin des Wirtschaftsverbands. Der Austausch fand über persönliche Treffen, Podiumsdiskussionen und Stakeholder-Diskussionen statt, die durch die Europäische Kommission organisiert wurden. Der Wirtschaftsverband verfasste Q&A-Papiere zu TTIP, initiierte eine Kommunikationsoffensive mithilfe von Plakaten und Social Media und vereinte ebenfalls Kräfte innerhalb des europäischen Dachverbands des Wirtschaftsverbands, durch das Teilen von Best Practices und Ressourcen. Darüber hinaus führte der Wirtschaftsverband Bürgerdialoge durch. Am Ende des Prozesses wurde ein Papier mit gesammelten Vorschlägen der Bürger:innen an die Bundesregierung verschickt. „Inwieweit dies berücksichtigt wurde, ist im Nachhinein schwer zu beurteilen.“ (Vertreter:in des Wirtschaftsverbands).

Dies zeigt, dass der Wirtschaftsverband weitreichende Ressourcen mobilisierte, um TTIP-Skeptiker von TTIP zu überzeugen und so der Arbeit der TTIP-kritischen Zivilgesellschaft entgegenzuwirken,

⁵ „Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der über 2 Millionen Menschen für progressive Politik streiten. Wenn wichtige Entscheidungen anstehen, wenden wir uns mit Online-Appellen direkt an die Verantwortlichen in Parlamenten, Regierungen und Konzernen. Wir debattieren mit Politiker*innen, schmieden Bündnisse und tragen unseren Protest auf die Straße: mit großen Demonstrationen und lokalen Aktionen. (...) Finanziert durch Spenden verfolgen wir unsere Anliegen unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen.“ (Campact, 2021) Die Organisation ist dafür bekannt, trotz ihrer begrenzten Größe, durch eine große Menge digitaler Kontakte, großen politischen Einfluss üben zu können (Steppat, 2018).

unter anderem durch die Schaffung eines Gefühls von Transparenz und Mitwirkung bei der Bevölkerung durch die Bürgerdialoge, deren tatsächlicher Beitrag zu den Verhandlungen zweifelhaft erscheint (Autorin). So konstatiert die Vertreter:in des Wirtschaftsverbands allerdings selbst: „Die Transparenz vonseiten der Europäischen Kommission kam zu spät.“

Die Bündelung der TTIP-kritischen Zivilgesellschaft scheint also bei einem der größten zivilgesellschaftlichen Wirtschaftsvertreter Deutschlands zumindest zu einem massiven Mehraufwand in der Öffentlichkeitsarbeit geführt zu haben. Wäre TTIP ein „Nischenthema“ geblieben, so hätte der Verband sich dies ersparen können (Autorin).

4.3.4 Wahrgenommene langfristige Veränderung in der Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen

Nach diesen einzigartigen Ergebnissen, die durch die Kooperation in der Zivilgesellschaft erreicht und geschildert wurden, bleibt die Frage offen, inwieweit sich eine Form der Zusammenarbeit langfristig etabliert hat. „Das Bündnis das mit Stop TTIP entstanden ist, ist nicht mehr vorhanden.“ (Maarfield) Jedoch besteht das Seattle to Brussels Network weiterhin, genauso wie „gewisse Kontaktstrukturen“, die reaktiviert werden können, wenn es bspw. um die Mercosur-Verhandlungen geht. Ob die Zusammenarbeit, die um TTIP entstanden ist, nun einen Einfluss auf die Größe der Mercosur-Proteste habe, sei schwer zu sagen (Maarfield).

Der Deutsche Kulturrat kooperierte während der CETA-Verhandlungen in denselben Strukturen wie während TTIP (Schulz, Interview 3). „Durch TTIP ist das „Netzwerk Gerechter Welthandel“ entstanden. Hierin ist eine institutionalisierte Zusammenarbeit im zivilgesellschaftlichen Kontext sichtbar.“ Auch in der Aussage der Vertreter:in des Wirtschaftsverbands wird eine stärkere Präsenz der freihandelskritischen Zivilgesellschaft deutlich, die möglicherweise auf eine intensivere Kooperation zurückzuführen ist: „Von Seiten der Zivilgesellschaft wird ein stärkerer Blick auf Freihandelsabkommen geworfen. Das sieht man auch jetzt bei Jefta und Mercosur.“

Diese Aussagen spiegeln teils subjektive Wahrnehmungen wider. Die Qualität dieser Daten kann eine quantitative Erhebung nicht ersetzen. Ihre Interpretation ist überdies durch den persönlichen Eindruck der Autorin beeinflusst: Anhand der Interviews scheint es, als wäre von der besonders starken Kooperation während der Proteste während TTIP einiges verlorengegangen (enger, regelmäßiger Kontakt, offizielle Bündnisse). Gleichzeitig bestehen institutionalisierte Bündnisse, die aus TTIP-

kritischen Initiativen entstanden weiterhin, wie zum Beispiel das „Netzwerk Gerechter Handel“ sowie implizite Kontaktstrukturen.

4.3.5 Veränderte Rahmenbedingungen

Die Vertreter:in des Wirtschaftsverbands sieht eine gesteigerte Transparenz vonseiten staatlicher Akteure: „Die EU-Kommission geht inzwischen deutlich transparenter mit Handelsabkommen um.“, während Maarfield eine reduzierte Transparenz vonseiten staatlicher Akteure wahrnimmt: „Die EU hat noch weniger transparente und undemokratischere Wege für Verhandlungen gefunden.“

Schulz konstatiert, dass die EU-Kommission transparenter mit Handelsabkommen umgeht, es aber einen beträchtlichen Aufwand bedeutet, alle im Blick zu halten. Zudem stellt Schulz fest: „Wir sind stärker vernetzt. Dadurch haben wir einen besseren Zugang zu Informationen. Die stärkere Vernetzung bietet die Möglichkeit zur Kompensation von Intransparenz vonseiten staatlicher Akteure.“

5. FAZIT & HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Inwiefern hat sich die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft mit TTIP verändert?

TTIP wäre das größte historische Freihandelsabkommen weltweit geworden. Es hätte globale Standards in allen Lebensbereichen gesetzt und die Gefahr mit sich gebracht, dass multinationale Konzerne die Hauptgestalter dieser Standards geworden wären. Diese Gefahr hat vermutlich alle Bereiche der Zivilgesellschaft insbesondere in Europa und den USA tangiert, was die massive Mobilisierung und starke Kooperation erklärt. Ein weiterer wichtiger Faktor, der diese Kooperation in der Zivilgesellschaft zu erklären vermag, war sicher die Stop TTIP-Kampagne: Eine Organisation hat sich einzig und allein der Bündelung von Ressourcen und Mobilisierung verschiedenster Organisationen gewidmet. Reetz berichtet von den Erfolgsfaktoren der Stop TTIP-Kampagne, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Klare Zielformulieren, niedrigschwellig gestaltete Informationsverbreitungsmöglichkeiten für andere Organisationen, effektive Gestaltung von Kommunikationskanälen für Innen- und Außenkommunikation, Ausbau des Bündnisses und Organisation öffentlichkeitswirksamer Aktionen.

Die Recherche zeigt, dass insbesondere das Stop TTIP-Bündnis aus Sicht der Interviewten eine zuvor nicht dagewesene Zusammenarbeit hervorgerufen hat: International, interorganisational und zwischen Organisationen aus verschiedensten Bereichen wurde kooperiert. Diese Zusammenarbeit hat sich teilweise institutionalisiert. Die Etablierung von „Netzwerkorganisationen“ - Organisationen, wie Stop TTIP, die es sich zum Ziel machen, Organisationen zur Verfolgung eines bestimmten Ziels zusammenzubringen, könnte ein Weg sein, um zukünftig Synergien wie im Falle TTIP zu schaffen. Insbesondere in Bezug auf Freihandelsabkommen könnte diese Reihe an Ereignissen ein Weckruf für viele Organisationen wie auch Bürger:innen gewesen sein, sowohl in der Sensibilisierung für ein bisheriges „Nischenthema“ als auch für die Erkenntnis, was eine so weitreichende Kooperation in der Zivilgesellschaft bewirken kann.

Doch was folgt daraus? Aus Bewusstsein um Macht wächst Verantwortung: Die Zivilgesellschaft sollte diese Erkenntnisse verwenden, um die geschaffenen Synergien nicht verlaufen zu lassen. Vielmehr sollte sie aufs Genaueste analysieren, welche Maßnahmen notwendig sind, um derartigen Einfluss zu generieren, denn in einer zunehmend globalisierenden Welt werden auch Probleme und Machtgefälle zunehmend global und Bündnisse zunehmend wichtiger. Um hier eine demokratische Bürger:innenbeteiligung zu gewährleisten, ist eine starke Kooperation in der organisierten Zivilgesellschaft durchaus von Vorteil.

Das Potenzial der verbliebenen Kooperationsstrukturen kann näher untersucht werden. Die Faktoren, die die Stop TTIP-Kampagne derartig effektiv gemacht haben, sollten stärker analysiert und von anderen Organisationen als Blaupause genutzt werden. Des Weiteren sollten Organisationen sich damit auseinandersetzen, wie sie mit anderen Organisationen mit kompatiblen Zielen in Bezug auf bestimmte Themen, insbesondere zur Steigerung öffentlicher Aufmerksamkeit, kooperieren können, um ihren Einfluss zu maximieren und dies ggf. mit einem IT-System, evtl. sogar einem Algorithmus, der Organisationen für sie passende Themen vorschlägt, operationalisieren.

6. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Tabelle 1: Interviewleitfaden 1

Fragen an Maarfield & Schulz	Fragen an Vertreter:in des Wirtschaftsverbands
Wie standen Sie zu TTIP?	
	Mit welchen NGOs, die gegen TTIP waren, hatten Sie zu tun?
	In welcher Form standen Sie im Austausch?
In welcher Form kooperierten Sie vor TTIP mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen? Warum?	
In welcher Form kooperierten Sie während TTIP mit anderen Organisationen?	
	Warum interessierten sich so außerordentlich viele Organisationen für TTIP?
Wie wirkt sich die Zusammenarbeit während TTIP auf die zukünftige Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft aus?	
Welche Rahmenbedingungen haben sich für die Zivilgesellschaft geändert?	

7. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abb.	Abbildung
Aufl.	Auflage
bzw.	beziehungsweise
bspw.	beispielsweise
DOI	Digital Object Identifier
f.	folgende (Seite)
Hrsg.	Herausgeber
Jg.	Jahrgang
NPO	Nonprofit-Organisation(en)
Nr.	Nummer
S.	Seite(n)
TTIP	Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft
u. a.	unter anderem
überarb.	überarbeitet(e)
Vgl.	vergleiche
z. T.	zum Teil

8. LITERATURVERZEICHNIS

Printmedien:

Freiherr von Loeffelholz (2016): Zur Bedeutung der Kultur für die globale Ordnung, Gedanken zu der UNSECO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt, TTIP, CETA & Co, Die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Kultur und Medien, Hrsg. Zimmermann & Geißler, Berlin, S. 26.

Gabriel, F. & Wilhelm, K. (2015): TTIP und die Entwicklungsländer: Gefahren, Potenziale und Politikooptionen, ifo Schnelldienst, 68(2), S. 25-36.

Maarfield, C. (2018): »Stopp TTIP - Erfahrungsbericht einer europäischen Kampagne«, Engagement in Aktion - Ratgeber für wirkungsvolle Kampagnenführung, Stiftung Mitarbeit & Bewegungsstiftung, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 49, Hrsg. Stiftung Mitarbeit, Bonn, S. 127-131.

Maarfield, C. (2021): Partner-Liste Bündnis Stop TTIP.

Mildner, S. & Wendenburg, F. (2016): Eine Chance für die Zukunft, TTIP - Warum ein Abkommen mit den USA Sinn ergibt, Politik & Kultur, Nr.1/16, S. 11.

Pinzler, P. (2016): Schlimmer als wir befürchtet haben, Politik und Kultur, Nr.1/16, S. 12.

Onlinemedien:

Australian Government (2015): Trans-Pacific Partnership Agreement, Background Document: Free Trade Agreements As Living Agreements, Australian Government. URL: <http://dfat.gov.au/trade/agreements/tpp/>.

bpb (2020A): Freihandel versus Protektionismus, bpb. URL: <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/freihandel/>.

bpb (o. D.): GATT, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, bpb. URL: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19587/gatt>.

BMWi (o. D.): Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), BMWi. URL: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ttip.html>.

Campact (2021): Über uns, Campact. URL: <https://www.campact.de/campact/>.

Chemnitz, C. & Keller, S. (2015): TTIP: "Wir brauchen volle Transparenz", Heinrich Böll Stiftung. URL: <https://www.boell.de/de/2015/10/08/ttip-wir-brauchen-volle-transparenz>.

Der Deutsche Kulturrat e.V. (o. D.): Über uns, Der Deutsche Kulturrat e.V. URL: <https://www.kulturrat.de/ueber-uns/#kulturrat>.

Dpa (2015): So viele kamen noch nie, Spiegel Online. URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ttip-demonstration-in-berlin-stellt-teilnehmerrekord-auf-a-1057187.html>.

Flemes, D., & Ebert, H. (2016). Neue deutsche Außenpolitik: Netzwerke statt Allianzen. *GIGA Focus Global*, 03. URL: <https://www.jstor.org/stable/pdf/resrep21161.pdf>.

Gerstetter, C. & Meyer-Ohlendorf, N. (2013): Investor-state Dispute Settlement under TTIP – a Risk for Environmental Regulation?, *ecologic*, Heinrich Böll Stiftung. URL: <https://www.ecologic.eu/de/10402>.

Guérot, U. (2016): Europas „Bewegungslandschaft“ oder was ist europäische Zivilgesellschaft?. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29 (1). S. 82-93. URL: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2016-0112>.

Heinrich Böll Stiftung (2016): 1. Was ist eigentlich ein Freihandelsabkommen? Warum wird es geschlossen?, Heinrich Böll Stiftung. URL: <https://www.boell.de/de/2014/05/12/was-ist-eigentlich-ein-freihandelsabkommen-warum-wird-es-geschlossen>.

Krol, B. (2016): Justiz im Schatten: Private Schiedsgerichte, *planet wissen*. URL: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/wirtschaft/ttip/ttip-private-schiedsgerichte-100.html>.

Mürer, T. (2016): TTIP: Der Investitionsschutz bleibt ein zentrales Problem, Friedrich Ebert Stiftung. URL: <https://www.fes.de/politik-fuer-europa-2017plus/artikel-in-politik-fuer-europa-2017plus/ttip-der-investitionsschutz-bleibt-ein-zentrales-problem>.

Schmucker, C. (2014): TTIP im Kontext anderer Freihandelsabkommen, *bpb*. URL: <https://www.bpb.de/apuz/197169/ttip-im-kontext-anderer-freihandelsabkommen>.

Steppat, T. (2018): Leicht entflammbar, *FAZ*. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/campact-change-org-und-co-leicht-entflammbar-15578766.html>.

Strachwitz, R. (2020): *Basiswissen Zivilgesellschaft*, Opuscula 140, Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68884-0>.

Van Amersfoort, P. (2005): European Civil Society. *Asia Europe Journal*. 3(3), S. 395-402.

Weerth, C. (o. D.): Nicht tarifäre Handelshemmnisse, *Gabler Wirtschaftslexikon*. URL: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/nicht-tarifaeere-handelshemmnisse-37062>.

Zacharakis, Z. (2016): "Es wird nur das Misstrauen gegenüber TTIP erhöht", *Zeit Online*. URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-02/lobby-control-ttip-max-bank>.

9. PARTNERLISTE BÜNDNIS STOP TTIP

(Zusammenstellung: Cornelia Maarfield 2021)

1 2B Fair Foundation	Poland
2 350.org	Europe
3 38Degrees	UK
4 4th Civic Group of the United Left Coalition Slovenia	Slovenia
5 A BAL – Balpárt	Hungary
6 Academia Cidadã	Portugal
7 Action Solidarité Tiers Monde (ASTM)	Luxembourg
8 Active Watch	Romania
9 ACV-CSC	Belgium
10 afri	Ireland
11 Africa Europe Faith & Justice Network	Europe
12 Afrika Kontakt	Denmark
13 Agent Green	Romania
14 Agrolink	Bulgaria
15 AITEC	France
aktion ./ . arbeitsunrecht e.V - Initiative für Demokratie in Wirtschaft &	
16 Betrieb	Germany
17 Aktion Freiheit statt Angst	Germany
18 Aktionsgemeinschaft Artenschutz	Germany
Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Evang.-Luth. Kirche in	
19 Bayern	Germany
20 ALEBA - Verband der Banken und Versicherungen	Luxembourg
21 Alliance Écologiste Indépendante	France
22 Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE)	Austria
23 Amigos de la Tierra España	Spain
24 Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft	Germany
25 Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)	Germany
26 ARC2020: Agricultural & Rural Convention	Europe
27 Arge Schöpfungsverantwortung	Austria
28 Artemisszio Foundation	Hungary
29 Artists against TTIP	UK
30 Ärzte/innen und Wissenschaftler/innen gegen TTIP	Germany
31 ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt	Europe
32 ASEED Europe	Europe
33 Asociación Española de Educación Ambiental	Spain
34 Asociația Ecologică Turismverde	Romania
35 Asociația Edelvais	Romania
36 Asociația Neuer Weg	Romania
37 Asociația pentru Sprijin și Intraajutorare Socială	Romania
38 Asociația Pro Educație, Istorie și Cultură CORVINIAS	Romania
39 Asociația Reper21	Romania
40 Associação de Combate à Precariedade - Precários Inflexíveis	Portugal
41 Associação para a Cooperação Entre os Povos	Portugal
42 Association of Secondary Teachers Ireland	Ireland
43 AStA Universität Hamburg	Germany
44 Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía	Spain
45 Attac Austria	Austria
46 Attac Finland	Finland
47 Attac France	France
48 Attac Germany	Germany
49 Attac Ireland	Ireland
50 Attac Magyarország Egyesület	Hungary

51 Attac Polska	Poland
52 Attac Portugal	Portugal
53 Attac Spain	Spain
54 Avaaz	Europe
55 Baltijos aplinkos forumas (BEF Lithuania)	Lithuania
56 Baloldali Alternatíva Egyesülés	Hungary
57 Balpárt	Hungary
58 Baum e.V.	Germany
59 Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) e.V.	Germany
60 Bayernpartei	Germany
61 Bee Life European Beekeeping Coordination	Europe
62 Berlin 21	Germany
63 Berliner Wasserrat	Germany
64 Berliner Wassertisch	Germany
65 Berliner Wassertisch (Muskauer Straße)	Germany
66 Bewegung für soziale Dreigliederung e.V.	Germany
67 Bilaterals.org	Europe
68 Bio Consom'Acteurs PACA-France	France
69 Bio-Lëtzebuerg – Vereenegung fir Bio-Landwirtschaft Lëtzebuerg asbl.	Luxembourg
70 Biodynamiske Forbrugeresammenslutning	Denmark
71 Biorekk G.A.S	Italy
72 Both ENDS	Netherlands
73 Bring Back British Rail	UK
74 Brot für die Welt	Germany
75 BUND (Friends of the Earth Germany)	Germany
76 Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz	Germany
77 Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V.	Germany
78 Bundesverband Naturkost Naturwaren	Germany
79 BUNDjugend (Young Friends of the Earth Germany)	Germany
80 Bündnis 90/ Die Grünen	Germany
81 Bürgerinitiative FrackingFreies Hamburg (BI-FFH)	Germany
82 Bürgerinitiative Frackingfreies Hessen	Germany
83 Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.	Germany
84 Bürgerinitiative gegen Gasbohren Kleve	Germany
85 Bürgerinitiative Havixbeck zur EBI „Stoppt TTIP“	Germany
86 Bürgerinitiative Lebenswerter Haistergau	Germany
87 Bürgerinitiative Lebenswertes Korbach	Germany
88 Bürgerinitiative Politik21	Germany
89 Bürgerinitiative Wurzacher Becken	Germany
90 Campact e.V.	Germany
91 Campaña #NoalTTIP	Spain
92 Caritas Luxembourg	Luxembourg
93 Carrefour des Cultures	Belgium
94 CAWN - The Central America Women's Network	UK
95 CCOO Catalunya	Spain
96 CCOO Euskadi (Basque Country)	Spain
97 CEE Bankwatch Network	Poland
98 Centrale Générale des Services Publics Wallone CGSP	Belgium
99 Centre for Humanism and Progress	Bulgaria
100 Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO)	Netherlands
101 Centre of Rural Studies and International Agriculture (CERAI)	Spain
102 Centro de Intervenção para o Desenvolvimento Amílcar Cabral.	Portugal

103 Centrul pentru Resurse Civice	Romania
104 CEPTA - Centrum pre trvaloudržateľné alternatívy	Slovakia
105 Cercle de Coopération des ONG de développement	Luxembourg
106 Česká pirátská strana	Czech Republic
107 CGT-LKN Euskal Herria (Basque Country)	Spain
108 Christliche Initiative Romero (CIR)	Germany
109 Cipax	Italy
110 Citizens for Europe	Europe
111 Civil Parlament	Hungary
112 Clubkombinat Hamburg e.V.	Germany
113 CNCD – 11.11.11	Belgium
114 Collectif CARMEN	France
115 Collectif Causse Méjean – Gaz de Schiste NON	France
116 collectif citoyen les Engraineurs	France
117 Collectif d'action contre l'accord général pour le commerce de Loupian	France
118 Collectif Roosevelt	France
119 Collectif Roosevelt Belgium	Belgium
120 Comhlámh	Ireland
121 Commons Network	Europe
122 Compassion in World Farming	Europe
123 Confederación General del Trabajo (CGT)	Spain
124 Confederación Intersindical Galega (CIG)	Spain
125 Confederation of Independent Trade Unions of Bulgaria	Bulgaria
126 Confédération paysanne	France
127 Confederazione dei Comitati di Base	Italy
128 Confedereación Pirata	Spain
129 Confederazione Generale Italiana del Lavoro - Funzione Pubblica	Italy
130 CONFER (Conferencia Española de Religiosos)	Spain
131 Consell Nacional de la Joventut de Catalunya	Spain
132 Convention Vie et Nature (CVN)	France
133 Corporate Europe Observatory	Europe
134 CORRA Collectif pour le respect de l'Animal	France
135 Crossroads Festival for Documentary Film and Discourse	Austria
136 CPADA (Portuguese Confederation of Environmental Associations)	Portugal
137 Cyprus Voice for Animals	Cyprus
138 Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.	Germany
139 Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB e.V.	Germany
140 Dati-mi Romania inapoi!	Romania
141 Darnaus vystymosi centras	Lithuania
142 De-clic.ro	Romania
143 DED-Freundeskreis	Germany
144 Deutsche Orchestervereinigung e.V.	Germany
145 Deutsche Umweltstiftung	Germany
146 Deutscher Berufs- und Erwerbssimkerbund	Germany
147 Deutscher Kulturrat	Germany
148 Deutscher Naturschutzring	Germany
149 Deutscher Übersetzerverband	Germany
150 DFRI:Föreningen för Digitala Fri- och Rättigheter	Sweden
151 Die Bürger Lobby e.V.	Germany
152 Die Bürgerlobby	Germany
153 Die Linke	Germany

154 Die Mutbürger	Austria
155 Digitalcourage	Germany
156 Digitale Gesellschaft	Germany
157 Društvo gibanje TRS	Slovenia
158 Duh Casa	Slovenia
159 Earth Forever	Bulgaria
160 Eco Rurális	Romania
161 Ecologistas en Acción	Spain
162 EcoMujer e.V.	Germany
163 EcoNexus	UK
164 Economía del Bien Común	Spain
165 Economistas sin Fronteras	Spain
166 Ecopreneur	Europe
167 Eestimaa Ühendatud Vasakpartei	Estonia
168 Eesti Roheline Liikumine	Estonia
169 Eine Welt Forum Aachen e.V.	Germany
170 Ekumenická akademie	Czech Republic
171 ELA Basque Country	Spain
172 Elevate Festival for contemporary music, arts and political discourse	Austria
173 Emberkozpontu Orszárgert Mozgalom	Hungary
174 End ECOCIDE in Europe	Europe
175 Energia és Környezet Alapítvány	Hungary
176 Ensemble	France
177 Entrepueblos	Spain
178 equo	Spain
179 ESK de Euskal Herria	Spain
180 Esperanto Radikala Asocio	Italy
181 ethecon – Stiftung Ethik & Ökonomie	Germany
182 Európai Baloldal – Magyarországi Munkáspárt 2006	Hungary
183 Europe Ecologie les Verts	France
184 EUrope NEWnited Serviceteam	Austria
185 European Environmental Bureau (EEB)	Europe
186 European Federation of Public Service Unions	Europe
187 European Green Party	Europe
188 European Left	Europe
189 European Milkboard	Europe
190 European Work Hazards Network	Europe
191 EVDSZ - Federation of Trade Unions in Electric Energy Industry	Hungary
192 Fair Trade Advocacy Office	Europe
193 Fair Trade Hellas	Greece
194 fair-ein e.V.	Germany
195 FairBindung e.V.	Germany
196 Farms not Factories	Europe
197 Federação Nacional dos Professores - FENPROF	Portugal
198 Federación Aragonesa de Solidaridad	Spain
199 Federación de Asociaciones Defensa Sanidad Pública	Spain
200 Federacion de Asociaciones Para la Defensa de la Sanidad Publica	Spain
201 Federation of Young European Greens	Europe
202 Federazione Impiegati Operai Metallurgici	Italy
203 FGTB wallonne	Belgium
204 FIAN Deutschland	Germany

205 Fis Nua	Ireland
206 FNCTTFEL	Luxembourg
207 FOCUS	Slovenia
208 Food & Water Europe	Europe
209 Foodwatch France	France
210 Foodwatch Germany	Germany
211 Foodwatch Netherlands	Netherlands
212 Forebyggelses- og Patientrådet	Denmark
213 Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.	Germany
214 Forum Bildungspolitik in Bayern	Germany
215 Forum Fairer Handel	Germany
Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung	
216 (FifF) e. V.	Germany
217 Forum Umwelt und Entwicklung	Germany
218 Foundation for Environment and Agriculture	Bulgaria
219 Fracking Free Ireland	Ireland
220 France Nature Environnement	France
221 FREIE WÄHLER	Germany
222 freier Zusammenschluss von studentInnenschaften	Germany
223 Friends of the Earth England, Wales & Northern Ireland	UK
224 Friends of the Earth Europe	Europe
225 Friends of the Earth Scotland	UK
226 FSC-CCOO	Spain
227 FSP-UGT	Spain
228 Fundacja CentrumCSR.PL	Poland
229 Fundacja Strefa Zieleni	Poland
230 GAIA (Environmental Action and Intervention Group)	Portugal
231 Gegen Gasbohren	Germany
232 Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg	Germany
233 Gen-ethisches Netzwerk	Germany
234 Germanwatch	Germany
235 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	Germany
236 Gibanje TRS	Slovenia
237 Global. Lab.	Poland
238 Global Justice Now (formerly WDM)	UK
239 Global Marshall Plan	Germany
240 GMB	UK
241 GMO Information Center	Romania
242 Good Energies Alliance Ireland	Ireland
243 GPEW Green Party England and Wales	UK
244 Green Budget Europe	Europe
245 GreenDependent Sustainable Solution	Hungary
246 Green Institute Greece	Greece
247 Greenpeace Belgium	Belgium
248 Greenpeace España	Spain
249 Greenpeace Germany	Germany
250 Greenpeace Italia	Italy
251 Greenpeace Luxembourg	Luxembourg
252 Greenpeace Magyarország	Hungary
253 Greenpeace Netherlands	Netherlands
254 Greenpeace Poland	Poland
255 Greenpeace Romania	Romania

256 Green Window	Croatia
257 Greens/EFA Group in the European Parliament	Europe
258 Grüne Jugend	Germany
259 Grüne Liga	Germany
260 Grupo de Portugal para análise crítica do Acordo UE-EUA	Portugal
261 Grupul de Intervenție Civică (Civic Intervention Group)	Romania
262 Grupul Fără Fracturare	Romania
263 GUE/NGL European United Left/Nordic Green Left	Europe
264 Gun Control Network	UK
265 Gyva LT	Lithuania
266 HAND Szövetség	Hungary
267 Health Action International Europe (HAI)	Europe
268 Health Poverty Action	UK
269 Hellenic Mining Watch	Greece
270 Hervé Le Meur	France
271 Highland and Islands Against Fracking	UK
272 Holz von Hier	Germany
273 Homo Ecos	Latvia
274 Horta Comunitária do Barreiro	Portugal
275 Humanistische Union	Germany
276 Humusz Szövetség	Hungary
277 IBD Initiative Bürger für Demokratie	Germany
278 IG Übersetzerinnen Übersetzer	Austria
279 IG-Milch	Austria
280 Il Fatto Alimentare	Italy
281 indignez-vous	Belgium
282 Informationsstelle Südliches Afrika e.V.	Germany
283 Iniciativa per Catalunya Verds	Spain
284 Initiativ Liewensufank	Luxembourg
285 Initiative for democratic socialism	Slovenia
286 Initiative für Mehr Demokratie	Italy
287 Initiative K136	Greece
288 Initiativplattform TTIPstoppen! für Oberösterreich	Austria
289 INKOTA Netzwerk	Germany
290 Institute for Sustainable Development	Slovenia
291 Institute of Global Responsibility	Poland
292 Instytut Spraw Obywatelskich (INSPRO)	Poland
293 INTHEGA – Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e.V.	Germany
294 Irish Federation of University Teachers	Ireland
295 Iuridicum Remedium	Czech Republic
296 Izquierda Unida	Spain
297 Jordens Vänner	Sweden
298 Jubilee Debt Campaign	UK
299 Kampagne Meine Landwirtschaft	Germany
300 Katholische Arbeitnehmer Bewegung Deutschlands (KAB)	Germany
301 Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich (KAB)	Austria
302 Katholische Landjugendbewegung	Germany
303 Keep Ireland Fracking Free	Ireland
304 Kein Patent auf Leben!	Germany
305 Klima-Allianz Deutschland	Germany
306 Kooperation für den Frieden	Germany
307 Környezeti Tanácsadó Irodák Hálózata Szövetség	Hungary

308 Kortárs Ellátó Közöségi és Kulturális Egyesület (Pécs)	Hungary
309 Közép-magyarországi Zöld Kör	Hungary
310 Közösségépítő Mozgalom (KözÉp)	Hungary
311 Kremnicanadzlato	Slovakia
312 KulturNetz Kassel e.V.	Germany
313 Kulturrat Österreich	Austria
314 Künstlergemeinschaft Neuwagenmühle e.V.	Germany
315 La Pirenaica Digital	Spain
316 LAG Soziokultur Schleswig-Holstein e.V.	Germany
317 Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren in Sachsen-Anhalt	Germany
318 Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg	Germany
319 Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt	Germany
320 Latvian Agricultural Organization Cooperation Council (LAOCC)	Latvia
321 Latvijas Zaļā kustība	Latvia
322 LCGB - Christlicher Gewerkschaftsbund Luxembourg	Luxembourg
323 Le Monde Diplomatique magyar kiadása,	Hungary
324 Leben.Lernen.Leipzig e.V.	Germany
325 Legambiente	Italy
326 Lehet Más a Politika	Hungary
327 Les Jeunes Écologistes	France
328 Lietuvos jaunimo centras	Lithuania
329 Lietuvos maistininkų sąjunga	Lithuania
330 Lietuvos sveikuolių sąjunga	Lithuania
331 Lietuvos valstiečių ir žaliųjų sąjunga	Lithuania
332 Lietuvos žaliųjų judėjimas	Lithuania
333 Lietuvos žaliųjų partija	Lithuania
334 Links Ecologisch Forum	Belgium
335 Lobbycontrol	Germany
336 Luonto-Liitto	Finland
337 Maan ystävät	Finland
338 Magyar Biokultúra Szövetség	Hungary
339 Magyar Patrióták Közössége	Hungary
340 Magyar Szociális Fórum Hálózat	Hungary
341 Magyar Szociális Fórummozgalmakért Alapítvány	Hungary
342 Magyar Természetvédők Szövetsége - FOE Hungary	Hungary
343 Mai Bine	Romania
344 Mais Democracia	Portugal
345 Maison du Peuple d'Europe	Belgium
346 Május Elseje Társaság	Hungary
347 Mareas Ciudadanas Madrid	Spain
348 Marx Károly Társaság	Hungary
349 Marxistische linke e.V.	Germany
350 May Day	Denmark
351 MEBAL	Hungary
352 Meer Democratie	Netherlands
353 Mehr Demokratie e.V.	Germany
354 mehr demokratie! Österreich	Austria
355 MENSCHENRECHTE 3000 e.V.	Germany
356 Menschliche Welt	Germany
357 Milieudefensie	Netherlands
358 Militia Spirituala	Romania

359 Miscarea de Rezistentă Pungesti	Romania
360 Mining Watch Romania	Romania
361 Moral in Motion	Netherlands
362 Motorradclub Kuhle Wampe	Germany
363 Mouvement Ecologique	Luxembourg
364 Mouvement Ouvrier Chrétien	Belgium
365 Mouvement politique des objecteurs de croissance	Belgium
366 Movement for a Just Society Slovenija (GPD)	Slovenia
367 Movement for Direct Democracy	Czech Republic
368 Movimento Consumatori	Italy
369 Movimento per la Decrescita Felice	Italy
370 Mreža antifašistikanja Zagreb	Croatia
371 Mugarik Gabe	Spain
372 Naiset Rauhan Puolesta	Finland
373 NABU	Germany
374 NASUWT	UK
375 National Justice and Peace Network	UK
376 National Union of Teachers	UK
377 natur&ömwelt a.s.b.l.	Luxembourg
378 Naturefriends Greece	Greece
379 Naturfreunde Deutschland	Germany
380 Naturfreunde International	Europe
381 Naturland	Germany
382 Naturschutzbund NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e. V. Verantwortung für Frieden und	Austria
383 Zukunftsfähigkeit	Germany
384 Netzfrauen	Germany
385 Neue Richtervereinigung	Germany
386 Newropeans Club	Europe
387 No Austerity Coordinamento	Italy
388 NOAH (Friends of the Earth Denmark)	Denmark
389 Non au Grand Marché Transatlantique – Stop TAFTA	France
390 Not for Shale	Ireland
391 No Transat!	Belgium
392 Nouvelle Donne	France
393 OGBL	Luxembourg
394 Oikos	Portugal
395 Ökologisch-Demokratische Partei	Germany
396 Ökologistic Környezetvédelmi Alapítvány	Hungary
397 Omnibus für direkte Demokratie Österreichische Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien,	Germany
398 Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB)	Austria
399 Paritätische Gesamtverband	Germany
400 Partia Zieloni	Poland
401 People and Planet	UK
402 Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.	Germany
403 Philippinenbüro	Germany
404 Pirate Party of Greece	Greece
405 Piratenpartei	Germany
406 Piratenpartij Nederland	Netherlands
407 Piratska Stranka Slovenije	Slovenia
408 Plataforma não ao Tratado Transatlântico	Portugal

409	Plataforma Transgénicos Fora	Portugal
410	PODEMOS	Spain
411	Podkrepa	Bulgaria
412	POUR écrire la liberté	Belgium
413	Power For The People	UK
414	Powershift	Germany
415	Prasinoi (Greens - Solidarity)	Greece
416	Priama demokracia	Slovakia
417	PROVIEH Verein gegen Tierquälerische Massentierhaltung e.V.	Germany
418	Public and Commercial Services Union	UK
419	Puntarji	Slovenia
420	Quercus	Portugal
421	quintessenz – Datenschutz ist Menschenrecht	Austria
422	R9TM	Romania
423	Radnička fronta	Croatia
424	RED ALDABA	Spain
425	Red Publica	Spain
426	Red-Green Alliance	Denmark
427	Rettet den Regenwald	Germany
428	Romania fara Ei	Romania
429	România Vie Society	Romania
430	Salva la Selva	Spain
431	Salvați Roșia Montană	Romania
432	Saveurs au Naturel	France
433	Scottish Secondary Teachers' Association	UK
434	SEAD - Scottish Education and Action for Development	UK
435	Seattle to Brussels Network	Europe
436	Siagro SL	Spain
437	Sindicato dos Professores do Norte -SPN	Portugal
438	Sindicato Único de Burgos	Spain
439	Sindikat kmetov Slovenije	Slovenia
440	Sindikat vzgoje, izobraževanja, znanosti in kulture Slovenije	Slovenia
441	Skiftet	Sweden
442	Slovensko bez GMO	Slovakia
443	Slow Food Germany	Germany
444	Slow Food International	Europe
445	Slow Food Italia	Italy
446	Small Ones Develop	Sweden
447	Social Europe - Front Against TTIP (Malta)	Malta
448	Soil Association	UK
449	Solidarité Socialiste	Belgium
450	Solidarumas	Lithuania
451	Solidary Bulgaria	Bulgaria
452	Sostetoner	Greece
453	Stop TTIP Italia	Italy
454	StopTTIP UK	UK
455	Stowarzyszenie "Zielony Żurawłów"	Poland
456	Stowarzyszenie Czyste Bielany	Poland
457	Stowarzyszenie Niesiołowice-Węsiory Kamienne Kręgi	Poland
458	Stranka TRS	Slovenia
459	Student Stop AIDS Campaign	UK
460	Südwind	Austria

461 SÜDWIND-Institut	Germany
462 Sumofus	Europe
463 Syndicat Français des Artistes-interprètes	France
464 Syprolux	Luxembourg
465 SZIKE Environmental & Health Association	Hungary
466 Teachers' Union of Ireland (TUI)	Ireland
467 TERRA Mileniul III	Romania
468 The Educational Institute of Scotland	UK
469 The Gaia Foundation	UK
470 The People Yes! Network	Poland
471 Tier & Mensch	Germany
472 TITOK Klub	Hungary
473 Trade Justice Movement	UK
474 Transnational Institute	Europe
475 TTIP Information Network	Ireland
476 TTIP-CETA NonMerci	France
477 Tušti narvai	Lithania
478 TTIPUnfairhandelbar	Germany
479 UGT EUSKADI (UGT Basque Country)	Spain
480 UK National Hazards Campaign	UK
481 Umanotera	Slovenia
482 Umweltinstitut München	Germany
483 Unabhängiges Institut für Umweltfragen	Germany
484 Unconditional Basic Income Europe (UBIE)	Europe
485 Union Luxembourgeoise des Consommateurs nouvelle a.s.b.l.	Luxembourg
486 UNISON	UK
487 Unite - Demokratische Jugend	Germany
488 Unite the Union	UK
489 University and College Union	UK
490 Unternehmensgrün	Germany
491 Uplift	Ireland
492 Urán Košice STOP	Slovakia
493 Védegyület Egyesület	Hungary
494 Vegan Society Luxembourg	Luxembourg
495 Ver.di	Germany
496 Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN)	Germany
497 Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter e.V.	Germany
498 Verein zur Unterstützung nordamerikanischer Indianer	Germany
499 Vereinigung für Ökologische Ökonomie e.V.	Germany
500 Világszabadság	Hungary
501 Vrijschrift	Netherlands
502 War on Want	UK
503 WeMove.EU	Europe
504 We Own It	UK
505 WEED	Germany
506 Weltfriedensdienst e.V.	Germany
507 Weltladen-Dachverband	Germany
508 Wemos	Netherlands
509 Werkstatt Ökonomie e.V.	Germany
510 Women's International League for Peace and Freedom (UK)	UK
511 WSS Biz:on	Poland
512 WSS PANATO	Poland

513 X.net	Spain
514 Young Friends of the Earth Europe	Europe
515 Young Friends of the Earth Ireland	Ireland
516 Zaļā brīvība	Latvia
517 ŽALI.LT	Lithuania
518 Zaustavimo TTIP!	Croatia
519 Zelena akcija	Croatia
520 Zelena Istra	Croatia
521 Zelenite	Bulgaria
522 ZERO – Associação Sistema Terrestre Sustentável	Portugal
523 Zivilcourage Innviertel	Austria
524 Zminijetna	Malta
525 Zöld Pók Alapítvány	Hungary

10. STOP TTIP – PRAXISBEISPIEL FÜR EINE GELUNGENE EUROPÄISCHE KAMPAGNE

von Cornelia Maarfield

Stop TTIP ist ein Bündnis von mehr als 500 Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft, die sich zusammengeschlossen haben, um die Handelsabkommen CETA (zwischen EU und Kanada) und TTIP (zwischen EU und USA) zu verhindern. Das Bündnis formierte sich ab Frühjahr 2014, um **eine konkrete gemeinsame Aktion** durchzuführen, nämlich eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit dem oben genannten Ziel. Im dafür vorgesehenen Zeitraum von einem Jahr von Oktober 2014 bis Oktober 2015 sammelten wir 3,28 Millionen Unterschriften und trugen durch unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit entscheidend dazu bei, den Widerstand der europäischen Bevölkerung gegen die Handelsabkommen zu stärken.

Es ist wichtig festzuhalten, dass unsere *Theory of Change* nicht darin bestand die Europäische Kommission direkt mit einer EBI zu beeinflussen. Dafür ist das Tool ein viel zu zahnlöser Tiger⁶. Stattdessen verfolgten wir mit der EBI die folgenden Ziele: 1) Die Breite des Widerstandes gegen die Abkommen deutlich machen, indem wir diesen Quantifizieren. 2) Die Bekanntheit der Abkommen erhöhen und eine öffentliche Debatte anstoßen. Dafür war eine Unterschriftensammlung, die online und offline stattfand besonders gut geeignet, denn mit einer Unterschriftensammlung kann man Menschen ansprechen und eine Meinungsbildung anregen. 3) Movement building: Den Widerstand gegen die Abkommen auf eine breitere Basis stellen, vor allem in Ländern, in denen er noch schwächer aufgestellt war. 4) Politische Etappensiege erringen.

Für die Erreichung dieser Ziele spielte es keine Rolle, dass die Europäische Kommission unsere EBI Ende September 2014 für nicht zulässig erklärte und sie daher nicht als offizielle EBI registrierte. Im Gegenteil, damit tat uns die Kommission einen Gefallen: Die Entrüstung war groß, dass uns TTIP-Gegnern selbst das einzige, harmlose Instrument der Bürgerbeteiligung verwehrt wurde, obwohl wir sogar ein Gutachten eines bekannten Europarechtlers auf unserer Seite hatten. Diese Entrüstung gab der Unterschriftensammlung zusätzlichen Aufwind, als wir erklärten die EBI einfach selbstorganisiert durchzuführen. Gleichzeitig hatten wir die Freiheit für die Sammlung unser eigenes Online-Sammeltool (Policat, siehe www.policat.org) zu verwenden, statt das offizielle der Kommission. Ein Umstand, der es uns erleichterte Unterzeichner*innen zu bitten ihre Emailadresse für die weitere Kommunikation in den Infoverteiler aufnehmen zu lassen.

⁶ Mit einer Europäischen Bürgerinitiative kann man die Europäische Kommission dazu auffordern eine bestimmte Gesetzesinitiative zu ergreifen, jedoch ist diese Empfehlung für die Kommission unverbindlich. Die Kommission ist bei einer erfolgreichen EBI aber nur dazu verpflichtet eine schriftliche Antwort zu verfassen und eine Anhörung zu dem Thema im Europäischen Parlament zu organisieren. Es ist also relativ leicht für die Kommission das Votum der Bürger*innen zu ignorieren.

Umsetzung: Was taten wir, um unsere Ziele zu erreichen?

Um die Breite des Widerstandes zu demonstrieren, war es uns wichtig eine möglichst hohe Anzahl an Unterschriften zu erreichen, und zwar aus möglichst vielen Mitgliedsländern. Das ursprüngliche Ziel war es die Vorgaben für eine erfolgreiche EBI zu erreichen, d.h. 1 Millionen Unterschriften und eine Mindestanzahl von Stimmen („Länderquoten“) in wenigstens 7 Mitgliedsstaaten. Diese Vorgaben hatten wir bereits in weniger als zwei Monaten erreicht, woraufhin wir uns 2 Millionen und die Länderquoten in mindestens 2/3 der Mitgliedsländer als Ziel steckten. Am Ende erreichten wir knapp 3,3 Millionen Unterschriften und 23 von 28 möglichen Länderquoten, ein Erfolg, den wir uns anfangs nicht erträumt hätten.

Wie ist es zu dem guten Ergebnis gekommen? Erstens durch die Tatsache, dass wir es unseren Mitgliedsorganisationen **einfach** gemacht haben die Aktion zu verbreiten. Den Mitgliedsorganisationen wurden Unterschriftenlisten in allen EU-Amtssprachen zur Verfügung gestellt. Dieses konnten sie auf Wunsch auch mit dem eigenen Logo versehen, aber das Design musste einheitlich bleiben, um die Gefahr von Mehrfachunterzeichnungen gering zu halten. Sie bekamen eine Anleitung, wie sie das Online-Unterschriftentool via Widget auf der eigenen Webseite integrieren konnten und Ideen für die Unterschriftensammlung auf der Straße. Zusätzlich stellten wir Begleitmaterial wie Webbanner, Aufkleber, Beispielsemails zur Weiterverbreitung usw. zur Verfügung. Außerdem schrieben und riefen wir die Mitgliedsorganisationen regelmäßig an, um Fragen zu klären und mögliche Hindernisse zu überwinden. Diese **Aktivierung des Bündnisses** war besonders wichtig in der Anfangs- und Schlussphase der Sammlung.

Des Weiteren setzten wir auf den **Ausbau des Bündnisses**. Es liegt auf der Hand, dass es einfacher ist ein europäisches Bündnis für eine solche Aktion zu gewinnen, wenn bereits ähnliche Strukturen existieren. Das kam auch uns zugute, da es bereits das Seattle2Brussels-Netzwerk (S2B) gab, in dem sich verschiedene Organisationen seit Jahren über die europäische Handelspolitik austauschen und gemeinsame Aktionen durchführen. Stop TTIP sollte jedoch sehr schnell über das zahlenmäßig kleinere S2B-Netzwerk hinauswachsen, was erstens daran lag, dass CETA und TTIP Auswirkungen auf viele Lebensbereiche (Umwelt, Verbraucherschutz, Gesundheit, Arbeitsrecht etc.) haben würden und entsprechend viele Organisationen sich zu den Abkommen positionierten. Zweitens nahmen wir als Koordinationsbüro die Aufgabe wahr, möglichst viele Organisationen in möglichst vielen Mitgliedsländern gezielt anzusprechen und für die Aktion zu gewinnen. Drittens hatten wir mit dem EBI-Text einen kurzen und prägnanten Forderungstext, der es einfach machte für Organisationen zu entscheiden, ob sie mit diesem einverstanden waren oder nicht. So wuchs das Bündnis sehr schnell von einigen Duzend auf mehrere Hundert Organisationen an.

Um die **Kommunikation innerhalb des Bündnisses** zu erleichtern richteten wir eine Mailingliste ein, auf der mindestens eine Kontaktperson pro Organisation vertreten war. Über diese Liste konnten wir praktische Informationen, Materialien, Pressemitteilungen und Ankündigungen verschicken. Gleichzeitig wurde die Liste zur (Vor-)Diskussion strategischer Entscheidungen genutzt. Um über das Tagesgeschäft zu entscheiden gab es einen Steuerungskreis bestehend aus sechs Mitgliedern, die vierzehntägig telefonierten. Wichtige strategische Entscheidungen wurden in einer internationalen Telefonkonferenz bestehend aus einer nationalen Kontaktperson pro Land entschieden, die einmal im Monat stattfand. Diese internationale Telefonkonferenz hatte außerdem den Zweck, die Kommunikation zwischen dem Koordinationsbüro und der Arbeit vor Ort zu erleichtern. In vielen Mitgliedsländern gab es bereits nationale Anti-TTIP-Bündnisse (z.B. in Deutschland „TTIPunfairHandelbar“) und es war uns wichtig, dass unser Handeln mit diesen abgestimmt und nächste Schritte diskutiert wurden. Dies zu gewährleisten bei 28 Mitgliedsländern ist zugegeben fast unmöglich, zumal viele der nationalen Kontaktpersonen dies ehrenamtlich taten und es schwierig für sie war genügend Zeit in die wechselseitige Kommunikation zu investieren. Daher war es unerlässlich auch immer wieder direkt mit den nationalen Kontaktpersonen zu telefonieren, um herauszufinden welche Unterstützung noch benötigt wurde, damit die Kampagne im jeweiligen Land optimal laufen konnte. Nur durch persönlichen Kontakt baut sich mit der Zeit ein gutes Vertrauen und Arbeitsverhältnis auf und nur so lassen sich Spannungen, die unvermeidbar in großen Bündnissen auftreten, frühzeitig erkennen und gegensteuern.

Die **Kommunikation nach außen**, also mit den (potentiellen) Unterzeichner*innen, fand aber nicht nur über die Bündnisorganisationen statt. Wir bauten auch schnell **eigene Kommunikationskanäle** über unsere Webseite, Email, Facebook und Twitter auf, die in kürze eine hohe Reichweite entwickelten. Per Email-Newsletter wurden monatlich Neuigkeiten über die Kampagne und die Handelsabkommen verbreitet, und zwar in vier Sprachen (englisch, deutsch, französisch und spanisch). Außerdem nutzten wir den Newsletter zum Fundraising. Für die Übersetzung bauten wir ein ehrenamtliches Netzwerk auf, was Kosten sparte, allerdings zeitaufwendiger und in manchen Fällen weniger gut als eine professionelle Übersetzung war. In den sozialen Medien waren unsere Bilder zum Teilen sehr beliebt. Vor allem Erfolgsnachrichten und Humor kamen bestens an, wie das Bild unten zum Beispiel, dass wir nutzten, um die erste Millionen Unterzeichner zu erreichen.

Die Geschichte mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker spielte sich nicht nur in den sozialen Medien ab, sondern war eine von vielen **öffentlichkeitswirksamen Aktionen**, mit denen wir den **Protest auf die Straße** trugen. Am 9. Dezember 2014 zogen wir vor das Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel und übergaben symbolisch 1,1 Millionen Unterschriften. Die Aktion wurde in

den Medien aufgegriffen und obwohl niemand von der Kommission die Unterschriften persönlich entgegen nahm, wurden wir anschließend zu einem Gespräch mit Mitgliedern des Kabinetts von Jean-Claude Juncker und EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström eingeladen. Das war das erste Zeichen dafür, dass die Kommission begann unseren Protest ernst zu nehmen.

Eine weitere Maßnahme, um der EBI Sichtbarkeit zu verleihen war eine **Aktionstour** durch Europa mit einem riesigen aufblasbaren Stift im Sommer 2015. Solche Aktionstouren mit Fotomotiven sind ein gutes Mittel lokale Medien zu erreichen. Zum anderen stärkt es Gruppen vor Ort, die jeweils den Besuch des Aktionstools in ihrer Stadt mitorganisieren. Versehen mit entsprechenden Anleitungen und Ideen bot die Aktionstour jede Menge Mitmachmöglichkeiten für Aktivist*innen auf lokaler Ebene, die ihr Engagement zum Teil auch danach fortsetzten. In vielen Städten fanden parallel zum Besuch des Stifts Veranstaltungen und Diskussionen statt, die dazu beitrugen eine öffentliche Debatte über TTIP und CETA herbeizuführen.

Dieses **movement building** war wie eingangs erwähnt ein wichtiges Ziel unserer Kampagne. Es war klar, dass die Bewegung einen langen Atem brauchen würde, um TTIP und CETA zu stoppen. Unsere zunächst auf ein Jahr angelegte EBI konnte nur ein Beitrag zu diesem Ziel sein. Deshalb war es uns von Anfang an wichtig, zum einen den Widerstand in den Mitgliedsländern zu stärken, wo er bereits aufgekeimt war, also beispielsweise in Deutschland, Frankreich, Österreich und Großbritannien, aber zum anderen dort zu entfachen, wo es bis dato keine breite öffentliche Diskussion um die Abkommen TTIP und CETA gegeben hatte, d.h. vor allem in den östlichen Mitgliedsländern. Aktivist*innen in Polen, Tschechien, Slowenien und Kroatien profitierten davon auf gemeinsame europäische Erfolge, wie das Erreichen der ersten Millionen Unterschriften, verweisen zu können. Sie konnten so die ersten kritischen Medienberichte über die Abkommen provozieren, wo es zuvor überhaupt keine Berichterstattung gegeben hatte.

Die EBI stieß in einigen Ländern die Bildung **nationaler Koalitionen** verschiedener TTIP-kritischer Gruppen an. In Kroatien beispielsweise gab es lange Zeit keine koordinierte anti-TTIP Arbeit. Dann schlossen sich einzelne Organisationen der sEBI an und vernetzten sich anschließend auch auf nationaler Ebene. Ein ähnlicher Prozess fand auch in den nordischen Ländern Finnland, Schweden und Dänemark statt, wo die jeweiligen Stop TTIP-Mitgliedsorganisationen verabreden sich in Zukunft stärker über die nordische Perspektive auf TTIP und CETA und gemeinsame Aktionen auszutauschen. Die vernetzende Wirkung der EBI wurde auch beim zivilgesellschaftlichen Treffen der europäischen anti-TTIP Bewegung in Brüssel sichtbar, zu dem Anfang Februar 2015 rund 200 Bewegungsvertreter*innen anreisten. Ost- und Südosteuropa war dort deutlich stärker repräsentiert als beim Vorjahrestreffen und die meisten der Erstteilnehmer*innen waren über Stop TTIP an die weitere

Bewegung herangeführt worden. Kein anderes handelspolitisches Bündnis hatte bisher eine so gute Reichweite in die neuen EU-Mitgliedsländer wie Stop TTIP.

Herausforderungen meistern

Allein die Umsetzung der oben genannten Ziele zu stemmen war natürlich schon eine Herausforderung. Ich möchte aber noch kurz auf zwei weitere Herausforderungen eingehen, mit der jede europaweite Kampagne zu kämpfen haben wird, nämlich zum einen Unterschiedlichkeiten in den verschiedenen Mitgliedsländern und zum anderen das Problem einen Schwarm von Organisationen dazu zu bringen an einem Strang zu ziehen.

Zunächst zu den **Unterschieden**. Jede Organisation hat eine andere Entscheidungskultur, d.h. wie Entscheidungen getroffen werden, wer daran beteiligt ist, wie darüber diskutiert wird und wie lange. Zusätzlich können kulturelle Unterschiede in den einzelnen Mitgliedsländern natürlich eine Rolle spielen, was sich in unserer Kampagne durch Unterschiede bei den einzelnen nationalen Anti-TTIP-Bündnis bemerkbar machte, die in ihrer Zusammensetzung, Struktur und Entscheidungskultur sehr verschieden ausfielen. Es erfordert also ein gewisses Fingerspitzengefühl dafür wie einzelne Akteure im Bündnis „ticken“ und welche Befindlichkeiten bestehen. An einigen Stellen war deshalb Vermittlung nötig, an anderen Unterstützung, denn nicht zuletzt darf man Differenzen in der finanziellen Ausstattung und Kampagnenerfahrung nicht unterschätzen. Es macht also Sinn bei der Bereitstellung von Materialien und Handlungsanleitungen zum einen die große Gruppe kleiner, weniger finanzstarker Organisationen zu bedenken, zum anderen die größeren und ressourcenstarken Organisationen. Selbst diese Einteilung passt aber nicht immer. Manchmal bedarf es auch unterschiedlicher Unterstützung für mehr oder weniger kampagnenorientierte Organisationen.

Was für alle Organisationen wichtig ist, um an einem Strang ziehen zu können sind erstens klare Absprachen, was die gemeinsamen Ziele, Aktionen, Adressaten, das Auftreten nach außen, die Kommunikation, der Umgang mit gesammelten Daten etc. angeht. Wie oben beschrieben stellten wir dies durch klare und regelmäßige interne Kommunikation über unsere Mailingliste und direkte Gespräche sicher. Fehlen diese Absprachen oder werden schlecht umgesetzt, geht schnell Vertrauen verloren und letztlich macht jedes Bündnis nur dann Sinn, wenn die Mitglieder der Ansicht sind, ein Ziel gemeinsam besser erreichen zu können. Um das Engagement der Bündnismitglieder zu fördern hilft aber auch, es zweitens Organisationen einfach zu machen sich an einer Bündnisaktion zu beteiligen. In unserem Fall dadurch, dass wir die Kampagnenwerkzeuge zur Verfügung stellten. Drittens kann es gewisse Anreize geben die Aktion zu bewerben, etwa den die Unterzeichner*innen später

wieder kontaktieren zu können, d.h. neue Empfänger für den eigenen Emailverteiler zu gewinnen. Es macht also Sinn ein Online-Sammeltool zu verwenden, das dies ermöglicht.

Fazit

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass sich Millionen von Bürgerinnen und Bürgern mit der europäischen Handelspolitik auseinandersetzen und beginnen Abkommen mit den sperrigen Namen *Transatlantic Trade and Investment Partnership* oder *Comprehensive Economic and Trade Agreement* zu hinterfragen. Unsere Kampagne Stop TTIP trug dazu bei, den Abschluss dieser Abkommen in Frage zu stellen. Wir schafften dies, in dem wir ein europaweites Bündnis schmiedeten, das die Abkommen bekannter machte, eine europaweite kritische Debatte anstieß und den Widerstand quantifizierbar machte. Des Weiteren trugen wir den Protest auf die Straße und bauten Strukturen auf, die die Schlagkräftigkeit der Bewegung in der weiteren Auseinandersetzung erhalten und es ermöglichen in Zukunft weitere Aktionen durchzuführen. Noch ist die Geschichte von TTIP und CETA nicht geschrieben, aber dass sie Geschichte werden, darauf arbeiten wir weiter hin.

Zur Autorin: Cornelia Maarfield war von August 2014 bis Dezember 2015 Campaign Manager bei Stop TTIP und arbeitet zurzeit als Campaignerin bei Campact e.V. Seit Februar 2014 ist sie Mitglied im Stiftungsrat der Bewegungstiftung.

Paper Series Opuscula

Free download at www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/

- 2021**
- Nr. 148** **Der Dritte Sektor in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Chile und Mexico**
Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.)
- Nr. 149** **Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie**
Bedarfe – Angebote – Potenziale
Malte Schrader
- Nr. 150** **Nach der Pandemie: Analog und / oder digital?**
Eine Momentaufnahme
Armin Conrad
- Nr. 151** **Die (Re-)Politisierung des Rechts auf Wohnen**
Über die Kämpfe von lokalen Mieter*innenbewegungen gegen Gentrifizierung und für bezahlbares Wohnen in Berlin
Yara Andree
- Nr. 152** **Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich**
Ruth Simsa, Fabian Mayer, Sebastian Muckenhuber und Thomas Schweinschwaller
- Nr. 153** **Parameters for Civil Society in Austria**
Ruth Simsa, Fabian Mayer, Sebastian Muckenhuber und Thomas Schweinschwaller
- Nr. 154** **Systemischer Reset, jetzt!**
20 Einwürfe zu Zivilgesellschaft und Bürgerwissenschaft
Wolfgang Chr. Goede
- Nr. 155** **Der altrechtliche Verein**
Ein Beitrag zur Vereinsgeschichte
Nathalie Prange
- Nr. 156** **Solidarische Hilfen und die Rolle der Nachbarschaft während der Corona- Pandemie**
Eine theoretische Herleitung und empirische Bestandsaufnahme
Laura Pfirter
- Nr. 157** **The Civic Space and Politics in an Epochal Crisis**
A View from Italy
Rocco D' Ambrosio
- 2022**
- Nr. 158** **Gewalt im Netz**
Zur Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Hass und Hetze in Bayern
Laura Pfirter
- Nr. 159** **Zur Lage und den Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in Deutschland**
Ein Bericht
Siri Hummel, Laura Pfirter, Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 160** **What is Civil Society?**
A Primer
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 161** **Trust in Philantropy**
A Report on the Philantropy.Insight Project 2018-2021
Rolf Alter, Rupert Graf Strachwitz, Timo Unger

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-78881-9

ISSN (Opuscula) 1868-1840